

## **Ja zur Hauptschule!**

*Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:*

Die Jungen Liberalen Niedersachsen lehnen Forderungen nach einer Auflösung der Hauptschule ab. Die Hauptschule ist keine „Restschule“, statt dessen muss der Hauptschulabschluss in der Berufswelt wieder aufgewertet werden, damit die Schülerinnen und Schüler der Hauptschulen auf dem Arbeitsmarkt eine reelle Chance haben und nicht in Perspektivlosigkeit verfallen.

Die Hauptschule ist eine wichtige, eigenständige Schulform innerhalb des gegliederten Schulwesens. Sie wendet sich an Schüler, deren Neigungen, Fähigkeiten und praktische Begabungen ein praxisorientiertes und anschauliches Lernen bedarf. Die Bildungsarbeit der Hauptschule schafft die Grundlage für die Ausbildung zu Facharbeitern, Meistern und Fachkräften in den unterschiedlichsten Berufen. Besonders das Handwerk und mittelständische Unternehmen bieten den Hauptschülern gute berufliche Chancen.

*Die Hauptschule hat eine klare Zukunftschance, wenn sie politisch gewollt, von den Schulträgern und der Wirtschaft getragen sowie von der Öffentlichkeit anerkannt ist.*

Die von der CDU/FDP-Landesregierung in Niedersachsen eingeführten Betriebs- und Praxistage müssen dafür genutzt werden, die Ausbildungsfähigkeit sicherzustellen. Diese und andere berufsorientierenden Maßnahmen müssen weiter entwickelt werden, um der Hauptschule ein unverwechselbares praktisches Profil zu verleihen. Hier ist auch die Wirtschaft in der Pflicht, ausreichend Angebote bereitzustellen und ihre Kompetenz sowie Ressourcen in Kooperationen einzubringen.

Die von der Landesregierung vorgenommene Reduzierung der Klassengrößen in Hauptschulen muss für individuelle Förderung genutzt werden und die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen dadurch gestärkt werden. Die freiwillige zehnte Hauptschulklasse mit der Möglichkeit, bei entsprechenden Leistungen einen Sekundarabschluss I zu erwerben, muss erhalten bleiben. Die Übergänge in das berufsbildende Schulwesen müssen durch verstärkte Kooperationen mit Berufsschulen erleichtert werden. Bestehende Modellversuche dazu sind auszuweiten und die Erkenntnisse daraus zu nutzen.

Die bevorzugte Berücksichtigung der Hauptschulen bei der Errichtung von Ganztagschulen durch die Politik der Landesregierung muss fortgeführt werden. Die zusätzlichen Angebote z. B. im sportlichen, musischen und Förderbereich machen die Hauptschule zu einer Schulform mit hohem individuell

ausgerichtetem Sozialcharakter. Hier sind Kooperationen mit Vereinen und Verbänden zu fördern, aber auch die Ganztagschulen stärker als bisher durch Personalressourcen zu unterstützen.

Das von den Liberalen maßgeblich mit vorangebrachte Programm der Bereitstellung von Sozialarbeitern an Hauptschulen muss fortgeführt werden, denn diese Kräfte sind wie die Schulpsychologen zur Unterstützung der Erziehungs- und Bildungsarbeit in Hauptschulen sehr wertvoll.

Für die Lernmotivation des jungen Menschen ist es wichtig, dass er sich mit seiner Schule identifizieren kann. Deswegen sind die großen Schulzentren wenig geeignet für die Arbeit in der Hauptschule. Die Schulentwicklungsplanung soll daher so gestaltet sein, dass auch dauerhaft einzülig geführte Hauptschulen wohnortnah vorgehalten werden können. Hierfür sind Kooperationen mit anderen Hauptschulen, Realschulen und Berufsbildenden Schulen möglich.

Zu einer erfolgreichen Arbeit einer Hauptschule gehört neben Kooperationen mit anderen Schulen, Verbänden und der Wirtschaft auch ein enger Kontakt zur Elternschaft. Dazu zählt auch die Einbeziehung der Eltern in unterrichtliche Vorgänge sowie die elterliche Teilnahme an Projekten, Fahrten und sonstigen Veranstaltungen der Schule. Weiterhin sind eine permanente Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Hauptschule eine Grundvoraussetzung für die Akzeptanz der Schulform in der Öffentlichkeit.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen erteilen den Forderungen nach der Abschaffung der Schulform Hauptschule eine klare Absage. Die Hauptschule beherbergte landesweit zum Schuljahresbeginn 2006/2007 im neunten Jahrgang über ein Viertel aller Schüler. Diese Schüler haben einen Anspruch auf eine Schule, die auf sie ausgerichtet ist.

Begründung:

- erfolgt mündlich -